

9. OKT. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVII/205

Bonn, den 9. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Bundeshaushalt als Spiegel der politischen Macht 89

Antisoziale Tendenzen überwiegen

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

3 - 4 Worte - aber keine Termine 68

Auffallende Zurückhaltung in Pankow

Von Eberhard Zachmann, Berlin

5 - 6 Es gibt noch Wohnungsnot 55

Widersprechende Angaben

des Bundeswohnungsbauministeriums

6 Alarmierend 54

Folgen der letzten Atomwaffenexplosionen

***** ZUR BEACHTUNG *****

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner
Mittwoch-Ausgabe - 10. Oktober 1962 - einen
 Artikel von

BRICH OLLENHAUER

zum Berlin-Treffen der Deutschen Sozialdemo-
 kratie, das in der Zeit vom 17. bis 21. Okto-
 ber 1962 stattfindet.

Chefredakteur Günter Markschaffel

Bundshaushalt als Spiegel der politischen Macht

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Die Absichten einer Regierung und der hinter ihr stehenden parlamentarischen Mehrheit offenbaren der Geist und die Gesinnung derjenigen, die durch Gesetzgebung und Verwaltung Entscheidungen treffen, die dann auf längere oder kürzere Zeit zur Grundlage des politischen Daseins eines Volkes werden. Unsere Steuergesetze und die bundesdeutsche Sozialpolitik liefern sprechende Beispiele dafür, dass sich in diesen Normen und Grundlagen des staatsbürgerlichen Daseins "der Herren eigener Geist" widerspiegelt.

Auch der Haushaltsplan eines Jahres offenbart das Denken derer, die ihn entwerfen und mit ihrer Mehrheit durchsetzen. Die krassen Unterschiede, die sich bis in die Haushaltspläne des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Kreise auswirken, liefern eine Fülle sprechender Beispiele.

So ist auch der in seiner Einzelheiten noch nicht allen ausreichend bekannte Entwurf des Etats 1963 der Bundesrepublik ein Spiegelbild der Auffassungen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien. Demgegenüber ist es die Pflicht der Opposition, Tatsachen beim rechten Namen zu nennen und eine Änderung dessen anzustreben, was nicht im Interesse besonders der notleidenden Schichten sowie der sozialen und steuerlichen Gerechtigkeit liegt und dem verfassungsmässig garantierten Gleichheitsgrundsatz widerspricht.

Unvollkommene Kenntnis der Zusammenhänge

Es ist erstaunlich, dass angesichts der soziologischen Zusammensetzung unseres Volkes die Erkenntnis der Bedeutung der Ausübung politischer Macht und ihres Einflusses bis in die Geldbörse jedes einzelnen Staatsbürgers mehr als unvollkommen genannt werden muß. Zwar zeigen sich Verschleißerscheinungen der Unionsparteien als stärkste Regierungspartei und ebenso zeigt sich bei den verschiedensten Landtagswahlen ein erfreuliches Anwachsen sozialdemokratischer Stimmen. Noch immer aber stehen auf die Bundespolitik bezogen - den nahezu 40 Prozent sozialdemokratischer Wähler rund 60 Prozent jener Stimmbürger gegenüber, die sich für andere Parteien entscheiden. Dabei zeigt sich jedem aufmerksamen Beobachter klar und deutlich, dass Arbeiter, Angestellte und Beamte, ebenso die freien Berufe und die Landwirte ein dringendes Interesse daran haben müssten, auf dem Umweg über das Parlament eine Sicherung ihrer Existenz und ihres Lebensabends in ganz anderer Weise zu erreichen, als es bis jetzt in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist.

Es ist einfach un wahr, wenn behauptet wird, dass der Lebensstandard in der Bundesrepublik höher sei als anderswo. Frankreich, England, die Schweiz, Schweden, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und andere Länder liefern den Gegenbeweis. Es ist unaufrichtig, immer von einem so-

genannten deutschen Wirtschaftswunder zu sprechen. Es handelt sich hier gar nicht um eine ausschliesslich deutsche Angelegenheit; die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist nur ein Ausdruck und ein Teilstück mindestens der europäischen wirtschaftlichen Entwicklung. Ein Blick auf die Erfolge und die Kraft der französischen Wirtschaft liefert genügend Beweise für die Richtigkeit dieser Feststellung. Nach dem schweren währungspolitischen Eingriff, den Frankreich bei der Schaffung des neuen Franc durchgeführt hat, erreichte unser westlicher Nachbar durch Planung in der Wirtschaft eine erheblich bessere Entwicklung, als wir sie in der Bundesrepublik zu verzeichnen haben. Das zeigt sich auch bei Vergleichen der steuerlichen Belastung.

Notwendige Leistungen nicht berücksichtigt

Der Bundeshaushalt 1963 wird von der Regierung auf 56,8 Milliarden DM im Entwurf begrenzt. Es zeigt sich, dass in diesem Entwurf notwendige Leistungen des Bundes nicht ausreichend berücksichtigt sind, und dass von Anfang an mit einem Nachtragshaushalt für das Jahr 1963 oder mit der Bereitstellung über- und ausserplanmässiger Bewilligungen ohne Mitwirkung des Parlaments gerechnet wird.

Der von der Sozialdemokratie wiederholt geforderte Umbau der bundesdeutschen Steuergesetzgebung verfolgt unverkennbar soziale Tendenzen. Die augenblicklichen Tatsachen, die von den Unionsparteien, der FDP und der von ihnen gebildeten Bundesregierung zu verantworten sind, zeigen die umgekehrte Tendenz. Die unausgesetzten Preissteigerungen rechtfertigen das Verlangen auf Erhöhung der Löhne und Gehälter und der Renten. Erst jetzt und noch immer in unzureichender Weise schiebt sich die Regierung an, die hohen Preise festzuhalten, aber in der Höhe, die wir kennen, während sie gegenüber vielen Rentnern, gegenüber den Kriegssopfern und gegenüber den eigenen Beamten nicht den Willen auf Herstellung eines sofortigen Ausgleichs zeigt und auf die Beratung des nächstjährigen Haushalts vertröstet. Zur gleichen Zeit aber tritt eine erhebliche Mehrbelastung der breiten Massen unseres Volkes durch die Erhöhung der Bundesbahnfahrpreise und die angekündigte Erhöhung der Posttarife in Erscheinung. Die Tausende von Einzelposten im Bundeshaushalt bieten oft Gelegenheit zur Bekundung einer wahrhaft sozialen Gesinnung, aber die Machtverhältnisse im Parlament entscheiden darüber, wie der Kuchen verteilt wird.

Steuergesetze ändern!

Die Abschlüsse der großen Gesellschaften der bundesdeutschen Wirtschaft weisen trotz eines unverkennbaren Rückganges unserer Aussenhandelsbilanz so hohe Dividenden und eine hohe Beteiligung jener Kreise an dem von allen erarbeiteten Sozialprodukt aus, dass von sozialer Gerechtigkeit im Vergleich mit zum Teil erbärmlichen Löhnen von Bundesbeamten der niederen Chargen und Elternrenten in der Kriegssopferversorgung und in anderen sozialen Bereichen wirklich nicht die Rede sein kann. Hier wäre es Sache des Bundestages, durch eine beschleunigte Änderung der Steuergesetze im Sinne sozialdemokratischer Vorschläge und durch eine entsprechende Gestaltung der Ausgabe- und Einnahmeseite des Bundeshaushalts die Grundlagen wirklicher sozialer Gerechtigkeit zu schaffen. Nicht nur Verfassungsfragen sind Machtfragen, auch die Entscheidung über Steuergesetze und über den Bundeshaushalt ist ein Spiegelbild der Macht, die sich noch immer in der Bundesrepublik zugunsten einer kleinen Schicht und zum Nachteil der Mehrheit auswirkt.

Worte - aber keine Termine

Auffallende Zurückhaltung in Pankow
Von Eberhard Zachmann, Berlin

Niemand - weder in der Bundesrepublik noch in Mitteldeutschland - hat erwartet, Moskau und Pankow würden künftig in Sachen Friedensvertrag und Westberlin auf ihre bekannten Drohungen verzichten. Insofern überraschender ist es, daß sowohl bei der Ankündigung des 6. SED-Parteitages durch Ulbricht als auch anlässlich des 13. Jahrestages des Sowjetzonenstaates am letzten Wochenende eine gewisse Zurückhaltung in den Erklärungen zu diesem Thema nicht zu überhören war.

Gewiss, Chruschtschows Grußbotschaft an Pankow enthält auch jetzt die Formel: "Die Sowjetunion und die DDR sind fest entschlossen, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Grundlage die friedengefürdende Lage in Westberlin zu normalisieren; keine Drohungen der Imperialisten werden uns davon zurückhalten". Aber ein Termin wird selbst in dieser stärksten Stellungnahme nicht einmal angedeutet.

Hatte Ulbricht in seiner Erklärung vor dem 17. ZK-Plenum noch gesagt, die "Beseitigung der NATO-Militärstützpunkte in Westberlin bleibt an vorderster Stelle der Tagesordnung" und trotz Sicherung der Grenze "werden der Friedensvertrag und die auf seiner Grundlage erfolgende Lösung der Westberlin-Frage nicht minder dringend", so hatte er doch gleichseitig unter Hinweis auf die Fortführung der amerikanisch-sowjetrussischen Verhandlungen hinzugefügt, daß auch die Sowjetzonenregierung "für eine vorvertraglich vereinbarte, vorläufige Regelung der Probleme" sei, die "alle berechtigten Interessen soweit als möglich berücksichtigen".

Klingen schon diese Töne Ulbrichts weit reservierter als manche andere Stellungnahme aus seinem Mund in letzter Zeit, so muß es noch weit mehr auffallen, daß der SED-Chef bei einem Staatsempfang, den er am Sonntag gab, mit keinem Wort auf diese Frage einging. Auch Sowjetbotschafter Perwuchin enthielt sich in seiner Festansprache der geringsten Drohung. Er behauptete lediglich, "die DDR führt konsequent die Politik der friedlichen Koexistenz durch und leistet damit einen großen Beitrag zu einer friedlichen Regelung der Deutschland- und Westberlin-Frage".

War schon in diesen offiziellen Erklärungen das Piano nicht zu überhören, so lagen auch für die Presse ohne Zweifel höchste Weisungen vor, in Kommentar und Berichterstattung die Fragen Berlin und Friedensvertrag nicht in den Vordergrund zu spielen, wie es bisher üblich war. Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang bleiben, daß auch die ersten von der SPD-Presse veröffentlichten Resolutionen aus den Sowjetzonenbetrieben zum 13. Jahrestag lediglich von der "Vollendung des Sozialismus" oder der Forderung nach "Erreichung des Höchststandes in Wissenschaft und Technik" sprechen, mit keinem Wort aber vom Friedensvertrag.

Die Hintergründe für diese Zurückhaltung sind - daran kann wohl niemand zweifeln - in Weisungen Koskaus zu erblicken. Die während des letzten Aufenthalts Ulbrichts in der Sowjetunion in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verbreitete und teils durch Einzelinformationen gestützte Ansicht, der SED-Chef habe zunächst mehr als fünfmal versucht, zu einem Gespräch mit Chruschtschow zu kommen, findet in dem neuen Piano, mit dem seit dem letzten Wochenende in Pankow "Friedensvertrag" und "Berlin-Frage" behandelt werden, eine gewisse Bestätigung.

Auch der späte, ja statutenwidrige Termin für die Einberufung des 6. Parteitag und die offenbar erst für den Frühsommer geplanten "Volkskammerneuwahlen" lassen erkennen, daß Koskau die bisherigen Ulbricht-Pläne für einen "möglichst schnellen Abschluß eines Separatfriedensvertrages" zumindest vorläufig auf Eis zu legen gedenkt.

Aber offenbar bereitet auch die innerpolitische Lage, bedingt durch die Versorgungskrise und die zunehmende Mißstimmung der Arbeiterschaft wegen Lohnsenkungen usw. Pankow beträchtliche Sorge, die jede Stärke-Demonstration nach aussen zu einer Gefahr werden lassen müßte. Wie anders soll zum Beispiel der Tagesbefehl des Innenministers Miron aufgefaßt werden, in dem es heißt, "die kommenden Wochen und Monate werden an jeden einzelnen Angehörigen der VP erneut hohe Anforderungen stellen, es kommt jetzt darauf an, den Kampf zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheit und Ordnung zu verstärken". Auch Ulbricht machte vor dem ZK-Plenum ähnliche Andeutungen, als er erklärte, "die Funktionäre müssen auch in neuen, vielleicht ungewöhnlichen und unerwarteten Situationen selbständig richtig entscheiden und richtig handeln".

Es gibt noch Wohnungsnot

Von Margarete Berger-Heise, MdB

Für die sechs Millionen Altmietwohnungen des Bundesgebietes (ohne Berlin) ist mit dem 1. Januar 1963 wiederum eine, diesmal nach Wohnwert gestaffelte, Mieterhöhung bis zu 20 Prozent gesetzlich zulässig. Vom 1. Juli 1963 an wird für etwa vier Millionen dieser Wohnungen die Preisbindung vollständig aufgehoben und der Vermieter kann neue Verträge verlangen. Die restlichen zwei Millionen Wohnungen folgen dieser Aufhebung der Preisbindung, wenn das rechnerische Wohnungsdefizit in den Kreisen weniger als drei Prozent beträgt. Laut Statistischem Bundesamt war das in 256 von 565 Kreisen des Bundesgebietes schon am 1. Januar 1962 der Fall; in diesen Gebieten wurde die Wohnraumbewirtschaftung bereits aufgehoben, wurden die Wohnungsämter aufgelöst und werden am 1. Januar 1963 die Mieten freigegeben.

Über den wirklichen Wohnungsfehlbestand auch in diesen Kreisen gehen die Meinungen allerdings weit auseinander. Die Sozialdemokraten haben 1960 u. a. im Bundestag gegen das Gesetz gestimmt, weil eine volkswirtschaftlich so bedeutsame Maßnahme wie die Freigabe von sechs Millionen bisher preisgebundener Mieten sich lediglich auf statistisch fortgeschriebene Zahlen stützt.

Es ist nun recht interessant, die Einschätzungen des Wohnungsfehlbestandes durch die jeweiligen Bundeswohnungsbauminister während der letzten fünf Jahre zu verfolgen.

- * 1957 errechnete der damalige Minister Preusker einen
- * Fehlbestand von 1,5 Millionen Wohnungen und stellte
- * die alsbaldige Auflösung seines Ministeriums in Aus-
- * sicht. 1958 kam er auf zwei Millionen Wohnungen.
- * 1959 - nachdem inzwischen eine Million neu erstellter
- * Wohnungen hinzugekommen war - meinte Minister Lücke,
- * es fehlten jetzt noch 1,5 Millionen Wohnungen. Die
- * 465 000 Sowjetzonenflüchtlinge, die 1957/58 ins Bun-
- * desgebiet gekommen waren, konnten nicht allein die
- * Ursache dieser differierenden Zahlen sein. Bis zum
- * 13. August 1961 flüchteten weitere 500 000 Menschen
- * von Deutschland nach Deutschland; es wurden in die-
- * sem Zeitraum aber 1,7 Millionen Wohnungen fertigge-
- * stellt.

Im August 1962 sagte Minister Lücke im Norddeutschen Rundfunk: "Es leben noch über 800 000 Familien in Baracken, Erdlöchern und Notunterkünften". Und ferner: "Wir müssen ganze Stadtteile sanieren, über 900 000 Wohnungen sind überhaupt nicht mehr instandzusetzen". Wenn er dann weiter sagte: "Es fehlen noch 800 000 Wohnungen", so meinte er wohl Wohnungen für die bei den Eltern untergebrachten jungen Ehepaare und die seit dem Kriege in Untermiete hausenden alleinstehenden Frauen. Fast 50 Prozent der erwerbstätigen Frauen leben in Untermiete, wovon sehr viele der zwei Millionen über 40 Jahre alt sind. Auf sie werden die freigegebenen Mieten zuerst abgewälzt werden.

Mit dem jährlichen Zuwachsbedarf von - knapp geschätzt - 200 000 Wohnungen fehlen uns also heute noch mindestens zwei Millionen Wohnungen, auch wenn Ende dieses Jahres wieder 500 000 erstellt sein sollten. Daß der Bundeswohnungsbauminister bei der Statberatung um die Finanzierung seines Wohnungsbauprogramms kämpft, ist also verständlich und findet die volle Unterstützung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Es ist aber illusorisch, anzunehmen, mit der Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung und der Auflösung der Wohnungsämter in den sogenannten weißen Kreisen wäre, dort zugleich die Wohnungsnot behoben. Die terminlich im Gesetz festgelegte Aufhebung der Mietpreisbindung und des bisherigen Mieterschutzes auf Grund der Statistiken hat schlimme Folgen und würde auch an der Wirklichkeit völlig vorbeigehen. Es gibt noch viel mehr Wohnungsnot als die Statistiker sich träumen lassen.

Alarmierend

Der Ständige Ausschuss für Umweltradioaktivität der Bundesländer hat als Folge der neuerlichen Atombombenversuche ein höchst alarmierendes Ansteigen der radioaktiven Substanz Jod 131 in der Milch festgestellt. Die von den Wissenschaftlern für Kleinkinder festgesetzte Toleranzgrenze ist in den zurückliegenden Wochen in Norddeutschland bis zu 50 Prozent und in Süddeutschland bis zu 25 Prozent angestiegen. Bei anhaltendem Niederschlagen ist mit weiterem Anstieg von Jod 131 zu rechnen. Bisher herrschte Voralarm, wenn das Präparat Strontium 90 sich in den Nebstreifen nach oben schob. Das war bislang nach Serienversuchen mit Atombomben der Fall und auf Zisternenwasser angewiesene Gebiete sind bereits mit Spezialfiltern versorgt worden. Nachdem ein Rückgang von Strontium 90 in Niederschlägen und in der Luft festgestellt wurde, ist jetzt der Gehalt an Jod 131 emporgestiegen.

Offenbar haben die Russen bei ihren Serien im nördlichen Eismeer einen neuen Bombentyp verwendet. Auf alle Fälle ist wieder höchste Aufmerksamkeit geboten, um unseren Kindern rechtzeitig Schutz geben zu können. Auf einen umfassenden Bericht seitens des Bundesgesundheitsministeriums wartet man doch. Daß nach wie vor mit Ungarn ein Verbot sämtlicher Atombombenversuche zu verlangen ist, braucht nicht erneut betont zu werden.

Nach den Untersuchungen der Bundesforschungsanstalt für Milchwirtschaft, die sich hier in Übereinstimmung mit dem Ständigen Ausschuss für Umweltradioaktivität befindet, muß öffentlicher Alarm gegeben werden, wenn der Gehalt von Jod 131 in der Trinkmilch die Toleranzgrenze von 70 Prozent erreicht hat. Jod 131 gelangt als Fallout mit den Niederschlägen auf die Weiden und folgt dann der sogenannten Kalziumkette. Besonders kalkarme Böden stapeln das Präparat und geben es über das Viehfutter und den Kuhkagen an die Trinkmilch weiter.

Über hundert Millionen DM wären notwendig, um eine umfassende Sicherung der Kinder bis zum sechsten Lebensjahr vor Jod 131 vorzubereiten. Strahlungsfreie Trocken- und Kondensmilch müßte überall bereitliegen. Merkblätter an die Bevölkerung mit Hinweisen, wie diese Milchpräparate für die Kinder aufbereitet werden können, sind bisher weder gedruckt noch verteilt worden.